

Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 22/2011 • 16. Dezember 2011

Thema der Woche

Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion

Merkel erläutert vor dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels

Europa ist nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Merkel erläuterte in einer Regierungserklärung dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben.

Merkel beteuerte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert.

Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“ Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der

Liebe Leserinnen und Leser,

nach vielen Jahren haben wir das vertraute Erscheinungsbild von „Berlin aktuell“ überarbeitet. Dies ist daher die letzte Ausgabe in der gewohnten Gestaltung. Die erste Ausgabe im neuen Jahr finden Sie am 20. Januar 2012 in ihrem Postfach – mit überarbeiteten Kategorien, Inhalten und einer modernen Aufmachung.

Während sich nun das Jahr dem Ende zuneigt, blicken wir zurück auf große und kleine Ereignisse in unserem Land und unserer Region. Für die Unterstützung und das vertrauensvolle Zusammenwirken möchte ich mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken.

Lassen Sie uns im neuen Jahr über Chancen, Aufgaben und Ihre Anliegen sprechen. Ich bin gerne und jederzeit Ihr Ansprechpartner.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Freunden besinnliche Stunden, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2012.

AS
Andreas Schockenhoff

Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde. Zu den Beschlüssen des Gipfels gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedsländern sowie automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien.

Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Es stehe aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ - etwa wenn es etwa um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz gehe. Großbritannien habe außerdem ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwinde, sagte die Kanzlerin.

Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gegenzug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende

Volker Kauder kritisierte diese Haltung im Bundestag scharf. „Die Stabilität des Euro mit noch wilder ausufernden Finanzmärkten zu erkaufen, wäre so, als hätte man den Bock zum Gärtner gemacht“, sagte er. Nun wäre es notwendig, den Briten zu sagen: „Ihr habt eine Verantwortung für Europa, also berappelt Euch und macht mit.“ Kauder erinnerte daran, dass es bei der Euro-Rettung um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa gehe.

Merkel betonte, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen sei. Den einen Befreiungsschlag gebe es nicht. In diesem Zusammenhang zeigte sie sich froh, dass der Gipfel auch nicht die Einführung von Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedsstaaten bedeuten würden. Dies wäre eine schnelle Lösung, die aber nicht an die Wurzel des Problems gehe.

Aus Plenum und Lobby

Die Weichen für den Abzug aus Afghanistan sind gestellt.

Der Bundestag wird das ISAF-Mandat voraussichtlich im Januar erneut um ein Jahr verlängern. Damit verbunden ist die Reduzierung der Truppenobergrenze von derzeit 5.350 Soldaten auf 4.900.

Afghanistan stehe besser da als vor einem Jahr und erst recht besser als vor zehn Jahren, sagte Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats für Afghanistan am vergangenen Donnerstag im Bundestag. Dies sei auch das Verdienst deutscher Soldaten und Diplomaten. Insgesamt böten aber Korruption, Verletzungen der Menschenrechte und die Sicherheitslage immer noch Anlass zur Sorge. „Wir haben manches erreicht, aber dennoch sind wir vor Rückschlägen nicht gefeit“, unterstrich Westerwelle.

Andreas Schockenhoff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU stellte heraus, dass nach zehn Jahren Einsatz die Zahl der Soldaten erstmals reduziert werde. Er dankte den Soldaten und zivilen Helfern für ihren gefährlichen Einsatz. Im Jahr 2010 habe die internationale Gemeinschaft einen Strategiewechsel beschlossen, wonach die Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 schrittweise an afghanische Kräfte übergeben wird. Ohne Zweifel sei man noch nicht am gewünschten Ziel angekommen, aber die Zahl der Anschläge und Gefechte sei im Jahr 2011 erstmals zurückgegangen. Der Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeikräfte verlaufe nach Plan, betonte der Außenpolitiker. Insgesamt verschiebe sich der Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten von der „militärischen Komponente zum politischen Prozess“.

Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, bezeichnete die Euro-Bonds als „Schuldensozialismus“.

Er zeigte sich erleichtert, dass die Euro-Zone nicht zur Transferunion verkomme und dass auch die Geldschleusen der Europäischen Zentralbank nicht geöffnet worden seien. „Dies ist ein Verdienst der Verhandlungsführung der Bundesregierung.“

Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist laut Merkel ein jahrelanger Prozess, der auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet werden werde. „Wir wollen die Wende zum Guten schaffen“, sagte sie. Jedes EU-Land, das noch nicht Mitglied der Euro-Zone sei, könne sich dem neuen Vertrag anschließen. So bald wie möglich werde man versuchen, diesen zwischenstaatlichen Vertrag in europäisches Recht zu überführen.

Für Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist das beste Zeichen des Respekts und der Anerkennung für die deutschen Soldaten eine möglichst breite Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung des Einsatzes. De Maizière erläuterte das neue Mandat: Es sieht vor, dass ab Februar die Obergrenze um 450 auf 4.900 Soldaten gesenkt werden soll. Innerhalb von zwölf Monaten soll die Truppenstärke weiter auf 4.400 Mann gesenkt werden, wenn es die Lage zulasse. Mit der Mandatsverlängerung werde der Prozess der „Übergabe in Verantwortung“ fortgeführt.

Hintergrund: Afghanistan-Konferenz

Zehn Jahre nach der ersten Bonner Afghanistan-Konferenz trafen sich am 5. Dezember 2011 erneut Vertreter aus 85 Staaten und 15 internationalen Organisationen auf dem Petersberg, um über die Zukunft Afghanistans nach dem Abzug der internationalen Truppen Ende 2014 zu verhandeln. Gastgeber war die deutsche Bundesregierung; geleitet wurde die Konferenz vom afghanischen Präsident Hamid Karzai.

Die internationale Staatengemeinschaft engagiert sich seit 2001 mit der NATO-geführten ISAF-Mission (Internationale Security Assistance Force), an der sich auch die Bundeswehr beteiligt, für Sicherheit und Frieden in Afghanistan. Anfang 2010 hatte die internationale Gemeinschaft in London beschlossen, dass die Sicherheitsverantwortung für Afghanistan schrittweise an die afghanische Regierung übergeben werden soll. Die internationalen Truppen sollen bis Ende 2014 abgezogen werden.

Durban – ein großer Erfolg für den Klimaschutz

In der dritten Regierungserklärung in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr erläuterte Bundesumweltminister Norbert Röttgen an diesem Freitag die Ergebnisse der Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban. Hier wurde nach einem wahren Verhandlungsmarathon der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten dieser Erde – erstmals ohne Ausnahme – geebnet: Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen ausverhandelt, das im Jahr 2020 wirksam werden soll. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen. Dies gelang durch die Hartnäckigkeit der EU und insbesondere Deutschlands und ein Bündnis zwischen EU und den am schwächsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten. Weiterhin soll es einen Aktionsplan für mehr Klimaschutz geben, um bis zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens die CO₂-Minderungsmaßnahmen der Staaten zu erhöhen.

Wichtige Fortschritte wurden in Durban zudem bei der Einrichtung des „Grünen Klimafonds“ erzielt, mit dem die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden sollen. Gerade durch die starke Allianz der EU mit den Entwicklungsstaaten konnte ein Scheitern der Verhandlungen von Durban abgewendet werden – allen Unkenrufen zum Trotz. Deutschland bleibt im internationalen Klimaschutz treibende und führende Kraft. Kein Land investiert mehr in den Klimaschutz. Die beschlossene Energiewende und der rasche Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weisen zudem den Weg in eine weitgehend CO₂-freie Form des Wirtschaftens. Die damit verbundenen Innovations- und Wachstumschancen sind enorm. Klimaschutz ist deshalb auch Wachstumslokomotive. Für diese Überzeugung wird die christlich-liberale Koalition auch im Zuge der weiteren internationalen Klimaschutzverhandlungen werben.

Für die Region in Berlin

Die Südbahn wird elektrifiziert

Mit dem gestern von Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer vorgelegten Entwurf für den Investitionsrahmenplan (IRP) der Jahre 2011 bis 2015 gibt es neue Spekulationen und Irritationen um die Elektrifizierung der Südbahn.

Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete für Ravensburg und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Andreas Schockenhoff:

"Die nun vielfach geäußerte Behauptung, eine Realisierung der Südbahn-Elektrifizierung sei auf nach 2015 verschoben, ist falsch.

Die Bürger Russlands fordern politische Rechte

Die friedlichen Demonstrationen in Moskau und weiteren Städten Russlands nach den Duma-Wahlen haben das Land nachhaltig verändert. Das Modell einer „gelenkten Demokratie“ wird von den Bürgern Russlands nicht länger hingenommen. Sie haben erkannt, dass der geplante Ämtertausch zwischen den „Tandem“-Partnern Ministerpräsident Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedew nicht Stabilität bedeutet, sondern Stagnation. Bisher schien die Gesellschaft Reformen mehr zu fürchten als eine neue Ära der Stagnation wie zu Sowjetzeiten unter Leonid Breschnew. Die Massenproteste haben jedoch gezeigt, dass viele Menschen nach zwölf Jahren unter dem „System Putin“ mehr wollen als die Beibehaltung des Status quo. Sie wollen nicht nur individuelle Freiheiten, sondern vor allem politische Rechte – demokratische Mitsprache, politischen Wettbewerb und Transparenz.

Die Proteste waren ein Sieg der Menschen über die Angst vor dem Kreml und eine Überwindung der politischen Apathie. Sie haben uns eine neue Generation von Russen gezeigt, junge Menschen, eine wachsende Mittelklasse, die wir stärker wahrnehmen müssen. Diese Menschen sind demokratisch, aktiv und gut vernetzt – genau das, was Russland für seine Modernisierung braucht. Diese „Mutbürger“ sind keine Verräter oder Gegner des Staates, sondern wichtige Partner bei den nötigen Reformen. Mit ihnen muss der Staat eine Modernisierungspartnerschaft aufbauen. Die glaubwürdige Überprüfung der Wahlergebnisse vom 4. Dezember und die Bestrafung derer, die Manipulationen zu verantworten haben, wären ein erster Schritt zu einer Öffnung des Regimes. Russlands Zukunft entscheidet sich dann tatsächlich bei den Präsidentschaftswahlen am 4. März. Sie werden zeigen müssen, dass der nächste russische Präsident durch freie und faire Wahlen vom Volk legitimiert ist.

Die Unterstellungen, das Wort des Bundesverkehrsministers sei ebenso wertlos wie mein beharrliches und konstantes Engagement für die Infrastruktur unserer Region, sind infam.

Vielmehr sind die schnellen und voreiligen - oft parteipolitisch motivierten - Schuldzuweisungen kontraproduktiv und untergraben das beharrliche Bemühen all derjenigen, die die Elektrifizierung wirklich voranbringen wollen. Sie suggerieren vielen sogar, dass das Projekt mit dem nun vorgelegten Entwurf des IRP endgültig gescheitert sei.

Ich lasse mich davon jedoch nicht beirren und arbeite weiter hartnäckig für unsere Region. In persönlichen Gesprächen zwischen Verkehrsminister Dr. Ramsauer und

PSts. Ferlemann ist mir soeben nochmals versichert worden: Sobald die Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sind, wird gebaut.

Die Behauptung, dass das nun vor 2015 nicht mehr möglich ist, ist falsch. Als bald das Baurecht erlangt ist, wird die Südbahn elektrifiziert. Dabei bleibe ich. Und nichts anderes bringt der IRP zum Ausdruck.

Ich kann nur weiter an alle Akteure appellieren: Es ist wichtig, dass wir die Planungsverfahren zielgerichtet vorantreiben. Bislang ist der vereinbarte Zeitplan immer von allen Beteiligten eingehalten worden. In den Entwurf des IRP nun hineinzudeuteln, dass sich dies in Zukunft ändert, ist hinderlich."

Wahlkreis-Terminvorschau (Auswahl)

16.12.2011

Besuch der Rollisportgruppe, Ravensburg

22.12.2011

Vor-Ort-Termin zum Thema Bundesstraße 30,
Streckenabschnitt Enzisreute

07.01.2012

Neujahrsempfang der JU Ravensburg

20.01.2012

Neujahrsempfang der IHK Bodensee-Oberschwaben

27.01.2012

Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Ravensburg

28.01.2012

Filmvorführung und –gespräch,
DER FALL CHODORKOWSKI, Linse Weingarten

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg

Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

Email: andreas.schockenhoff@bundestag.de

www.schockenhoff.de